

## Änderung von Bebauungsplänen zur Zulassung von "Dachaufbauten" Inkrafttreten

Die vom Gemeinderat Erdmannhausen am 14.05.1992 beschlossene Satzung zur Änderung von Bebauungsplänen hinsichtlich der Zulassung von Dachaufbauten (Dachgauben und Zwerchgiebeln) ist dem Landratsamt Ludwigsburg gem. § 11 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) vom 8.12.1986 angezeigt worden.

Das Landratsamt Ludwigsburg hat mit Erlaß vom 24.06.1992 Nr. 201-621.41 WA/HA mitgeteilt, daß eine Verletzung von Rechtsvorschriften, die eine Versagung der Genehmigung nach § 6 Abs. 2 BauGB rechtfertigen würden, nicht geltend gemacht wird.

Nachstehende Bebauungspläne sind hiervon betroffen:

	In Kraft getreten am:
Ellenberg II - Änderung	4.4.1985
Ellenberg II	8.7.1968
Bebauungsplanänderung "Ellenberg II"	13.4.1972
Ehlenberg (Ellenberg I)	7.4.1959
Eichelgärten	14.4.1978
Marbacher Straße	11.4.1968
Rosenstraße	5.2.1982
Gälesgärten	12.2.1982
Pfarrgarten	12.08.1977
Pfarrgarten - "Änderung"	31.10.1980
Lache	06.03.1987
Friedhof	07.07.1989
Im Breiten Wasen	26.11.1962
Im Breiten Wasen II	17.07.1965
Breiter Wasen	26.10.1959
Kirchenfeld	06.04.1964
mit Änderungen	
- Erweiterung Kirchenfeld	14.05.1968
- Änderung Kirchenfeld	09.06.1972
- Änderung	
Erweiterung Kirchenfeld	08.10.1982
Kirchenfeld IV	29.11.1974
mit Änderung	14.10.1977
Auf der Wachthütte	08.07.1977
Ulrichsrain II	27.07.1970
Ulrichsrain I	04.10.1960

Jedermann kann diese "Satzung zur Änderung von Bebauungsplänen" und deren Begründung während der Dienststunden beim Bürgermeisteramt - Bauamt- Zimmer 37, einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die "Satzung zur Änderung der Bebauungspläne" in Kraft.

Eine etwaige Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 des Baugesetzbuches (BauGB) bezeichneten Verfahrens oder Formvorschriften sowie der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) bei der Aufstellung dieser Satzung wird § 215 BauGB und § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Änderung der Bebauungspläne gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung werden nach § 215 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb von 7 Jahren seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Durchführung des Anzeigeverfahrens und die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 des BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diese Satzung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Erdmannhausen, den 4.8.1992

Bürgermeisteramt

gez. Menner

Bürgermeister